

2
3
4
5 **Antragsteller: Junge Liberale**

Drs.: ____/____

6
7
8
Ja
Nein
Enthaltungen

9
10
11
12
Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

13 **Liberale Raumpolitik für Hamburg**

14
15 Der Landesparteitag möge beschließen:

16
17 ***Wohn- und Gewerbeflächenmarkt deregulieren***

18 Wer in Hamburg bauen, vermieten oder wohnen möchte, ist mit einem Strauß von Vorschrif-
19 ten konfrontiert. Wer die Anzahl der Wohnungsbauinvestoren erhöhen möchte, muss Schran-
20 ken abbauen und Investitionsattraktivität erhöhen. Wir als FDP Hamburg möchten hier anset-
21 zen und das Potential Hamburgs durch liberalere Regelungen entfesseln.

22 **a)** Die Hamburgische Bauordnung muss liberalisiert werden. Als Beispiel kann hier das Ver-
23 bot von Nutzung von Kellerräumen in Form von Wohnungen genannt werden. Es sollen krea-
24 tive Lösungen gesucht werden, das Wohnraumangebot zu vergrößern.

25 **b)** Die erzwungenen Maßnahmen zur energetischen Sanierung sollen abgeschafft werden.
26 Energetische Sanierungsmaßnahmen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft werden. Ham-
27 burg muss sich deswegen auf Bundesebene für eine marktwirtschaftliche Energiepolitik und
28 einen realistischeren Zeitplan bei der Energiewende stark machen.

29 **c)** Die von der Stadt gezahlten Zuschüsse für Umwandlung von Gewerbe- in Wohnflächen
30 sollen abgeschafft werden.

31 **d)** Wir sind für die Abschaffung der Zwangsmaßnahmen, wie härtere Sanktionen, gegen
32 Leerstand, da wir diese als nicht geeignet ansehen die Wohnraumsituation langfristig und
33 nachhaltig zu entspannen.

34 **e)** Die Erhaltung des architektonischen Erbes Hamburgs ist ein wichtiges Anliegen. Denkmal-
35 schutz darf jedoch nicht bedeuten, dass ein Anspruch darauf besteht, die Stadt im Zustand des
36 20. Jahrhunderts zu konservieren. Dabei muss eine Balance zwischen Eigentumsrechten,
37 Denkmalschutz und Wohnungsbau gehalten werden. Die Rechte von Eigentümern sowie
38 wohnungspolitische Maßnahmen wie Nachverdichtung dürfen dem Denkmalschutz nicht
39 vollends untergeordnet werden.

40 f) Wir sprechen uns für Bürgerbeteiligungen bei Bauvorhaben aus, welche dieselben Quoren
41 wie Volksbegehren haben.

42 g) 2004 wurde das Projekt „Wohnen auf dem Wasser“ gestartet. Ziel war, Gelegenheit für den
43 Bau von etwa 1000 Hausbooten zu schaffen. Das Projekt wurde zu einem Rohrkreierer, da
44 der bürokratische Genehmigungsaufwand für Bauen auf dem Wasser extrem hoch ist. Der
45 Genehmigungsprozess muss unbürokratisch gestaltet werden, damit Flächen auf dem Wasser
46 effektiv in weitere Planungsprozesse einbezogen werden können.

47 h) Hamburg muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Vermieterrechte konsequent
48 gestärkt und durchgesetzt werden.

49 i) Wir sprechen uns gegen eine Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus als Mittel gegen die
50 allgemeine Wohnungsnot aus – die Schaffung zusätzlichen Wohnraums muss vordringlich
51 durch private Investoren realisiert und von der Stadt lediglich ermöglicht werden.

52 j) Eine ausreichende Anzahl an behindertengerechten Wohnungen ist sicherzustellen.

53 k) Hamburg soll die Investitionsförderung im Bereich des Wohnungsbaus abschaffen, da wir
54 der Meinung sind, dass der Hamburger Wohnungsmarkt auch ohne diese Subventionen attrak-
55 tiv genug für Investoren ist.

56

57

58 **Begründung:**

59

60 Es ist festzustellen, dass die aktuellen Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt und die hohen
61 Wohnraum- und Gewerbeflächenpreise Hamburg vor eine große Herausforderung stellen.
62 Handeln von Seiten der Politik, das über die überschaubaren Maßnahmen des SPD-Senates
63 hinausgeht, ist hier gefordert. Viele Hamburger, aber auch Vertreter der Wirtschaft halten das
64 Schaffen von mehr nutzbarem Raum für eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben der Politik.
65 Dabei ist festzustellen, dass die Probleme unserer Stadt in erster Linie hausgemacht sind:
66 Wohnungsmangel, hohe Mieten und, in der Höhe des jetzigen Ausmaßes, Gentrifizierung sind
67 von der Politik geschaffen. Besonders problematisch ist die Lage beim sogenannten bezahlba-
68 ren Wohnen. Hier steht Hamburg im Vergleich mit z.B. Berlin sehr schlecht da.

69

70 Bei diesen Problemen muss Liberale Raumpolitik ansetzen. Die primäre Aufgabe der Politik
71 ist die Schaffung von nutzbarem Raum und das ordnungspolitische Gewährleisten eines effi-
72 zienten Raummarktes. Die politische Aufteilung in Wohnraum und Gewerbeflächen und die
73 damit einhergehende unterschiedliche Förderung ist aufzuheben. Sinnvolle Politik muss das
74 große Bild im Auge haben.

75

76 Der Hamburger Senat verspricht, diese Probleme anzugehen, übersieht aber dabei, dass er die
77 Missstände zum Teil selber schafft oder sogar verschärft. Die Politik des SPD-Senats besteht
78 zu großem Teil lediglich aus Hin und Herschieben des Angebots von einem Marktsegment in
79 das andere. Es ist nicht zielführend, Wohnungsraum auf Kosten des Gewerberaumes zu för-
80 dern. Hamburg ist auch auf bezahlbaren Gewerberaum angewiesen.

81

82 Der SPD-Senat gefällt sich in der Rolle als sozialpolitischer Heilsbringer, schadet mit seiner
83 Politik jedoch denjenigen, denen er vorgibt, helfen zu wollen.

84

85 Schon seit langem warnen Vertreter des städtischen Unternehmens Fördern & Wohnen davor,
86 dass sie die Aufgaben, die ihnen von der Politik auferlegt werden, aufgrund fehlender Mittel

87 nicht ausreichend wahrnehmen können. Schon jetzt werden Wohnungssuchende in den Not-
88 unterkünften abgewiesen, weil nicht genug Platz vorhanden ist. Die Gefahr besteht, dass hier
89 Ressentiments gegenüber Ausländern entstehen, da Asylbewerber bevorzugt an Wohnraum in
90 Einrichtungen von Fördern & Wohnen kommen. Hier muss eine Analyse durchgeführt wer-
91 den, damit das Problem kurzfristig gelöst werden kann. In Zeiten knapper öffentlicher Haus-
92 halte muss hier auch insbesondere über private Lösungen nachgedacht werden. Die Bereitstel-
93 lung von mehr Kapital für den Wohnungsbau kann nur durch Investoren erfolgen. Alles ande-
94 re lässt die Haushaltslage nicht zu.

95

96 Hamburg besteht aus 104 Stadtteilen, aber nur wenige davon gelten als attraktive Wohnlage.
97 Durch eine Fixierung vieler politischer Maßnahmen auf das Zentrum und prestigeträchtige
98 Stadtteile wird dies noch verstärkt. Mit öffentlichen Geldern Projekte zu fördern, die durch
99 ihre zentralistische Ausrichtung die Abkoppelung der äußeren Stadtteile verstärken, ist unsin-
100 nig. Weiterhin steht das Kosten/Nutzen-Verhältnis - zumal in Zeiten leerer öffentlicher Kas-
101 sen - oftmals in keinem Verhältnis. In Hier gilt es, einen besseren Ausgleich zu finden, damit
102 alle Einwohner der Stadt, statt wenige privilegierte profitieren.

103

104 Der Senat sollte den Bürgern nicht vorgaukeln, er könnte den natürlichen Prozess der Aufwer-
105 tung und Veränderung von Stadtteilen ("Gentrifizierung") mit politischen Maßnahmen aufhal-
106 ten oder verlangsamen.

107

108 Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.